



Glienicker Kurier

Nachrichten aus der amtsfreien Gemeinde Glienicke/Nordbahn

Ausgabe April 2001

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
<u>Was tun gegen Gewalt ?</u>	2
<u>Interview mit Bürgermeister Bienert zur</u>	3
<u>Straßenbaumaßnahme "Schönfließer Strasse"</u>	
<u>Senkung der Abwassergebühren ?</u>	6
<u>Planung für die Ortskante nach Hermsdorf</u>	7
<u>Im dritten Beratungs-Anlauf für die Staffelgeschoss-</u>	10
<u>Variante gestimmt</u>	
<u>Richtfest in der Lindenstrasse</u>	12
<u>Änderungen in der Organisationsstruktur</u>	13
<u>Aus den Fraktionen</u>	14
<u>Aufgeschnappt!</u>	18
<u>Verschiedenes</u>	20
<u>Derzeit keine Sozialwohnungen</u>	24
<u>Der Schulförderverein fordert Antworten</u>	25
<u>Schulförderverein - aber für wen ?</u>	27
<u>Kunst aus Glienicke für Glienicke</u>	28
<u>Volleyballer vor dem Saisonhöhepunkt</u>	29
<u>Veranstaltungen/Kultur</u>	30

Was tun gegen Gewalt?

Der Sozialausschuss hatte zu seiner jüngsten Sitzung je eine Lehrerin aus der Grundschule (stellvertretende Schulleiterin Barbara Rotzoll) und aus der Gesamtschule (Sport- und Erdkundelehrerin Karin Herrmann) eingeladen, um von ihnen über Projekte "Gegen Gewalt" informiert zu werden. Solche herausgehobenen Projekte gebe es nicht, dafür würde das Thema im Unterricht, in den Pausen, in Gesprächen und im Umgang miteinander ständig gegenwärtig sein. "Das sei", so Barbara Rotzoll, "ein fortlaufender Prozess, der viele Vorhaben umklammere."

Ein Projekttag habe sich zum Beispiel mit der Werteerziehung beschäftigt und hier u.a. mit Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit, Ehrlichkeit und Offenheit, Konfliktschlichtung untereinander und auch mit solcher Thematik wie der Achtung dem neuen Schulgebäudes gegenüber. Gerade der Konfliktbewältigung käme eine große Rolle zu, betonte Barbara Rotzoll, und die Kinder würden direkt in diesen Prozess einbezogen. Ähnliches wusste auch Karin Herrmann zu berichten. Nichts sei in diesem Zusammenhang im Schulalltag aufgesetzt, jedes Eingreifen würde sich wie von selbst ergeben. Wo sich das Thema "Gewalt" auch nur ansatzweise zeige, würde man ihm sofort begegnen. Kontakte mit den Frauen aus Lidice oder mit der Freundin von Anne Frank würden die Schüler nachhaltig beeindruckten. Obwohl der Ton auf dem Schulhof manchmal sehr rüde sei und verbale Gewalt einschließe, würden sich die Lehrerinnen nicht scheuen, sofort einzugreifen. "Wir gehen dazwischen", meinte die zierliche Lehrerin, und mancher im Raum mag im Geheimen den Mut der weiblichen Lehrerschaft an der Gesamtschule bewundert haben, denn Schüler der 9. und 10.Klassen können nicht mehr als körperlich klein bezeichnet werden. Zwar gebe es abfällige Äußerungen dem unbekanntem Nachbarn gegenüber, aber wenn eine Klasse in eine marokkanische Familie zum gemeinsamen Kochen und Essen eingeladen oder einer anderen durch persönlichen Besuch die Sitten und Gebräuche der Indianer nahegelegt werden, sei die Einstellung plötzlich eine ganz andere. Auch an der Gesamtschule, so Karin Herrmann, würden darüber hinaus Konfliktlösungen durch Miteinanderreden den Schulalltag wie ein roter Faden durchziehen.

Interview mit Bürgermeister Bienert zur Baumaßnahme "Schönfließer Strasse"

Durch die Informationen aus der Gemeindeverwaltung wurden die Bürger auf den Beginn der Baumaßnahme Schönfließer Straße hingewiesen.

Herr Bienert, warum hat es eigentlich so lange gedauert?

Bürgermeister Bienert: Bei der Schönfließer Straße handelt es sich um eine Landesstraße (L 30), bei der das Land Brandenburg nicht nur die Straßenbaulast, sondern auch die finanzielle Verantwortung trägt. Bereits seit einigen Jahren hat die Gemeindeverwaltung große Anstrengungen unternommen, um in das Ausbauprogramm des Landes aufgenommen zu werden. Nicht zuletzt durch die Initiative der Anwohner ist seit 1999 Bewegung in die Sache gekommen. Baubeginn sollte bereits Ende des vergangenen Jahres sein. Er wurde dann aber noch einmal vom Auftraggeber, dem Straßenbauamt Strausberg, verschoben.

Kurier: Was hatte das für Gründe?

Bürgermeister Bienert: Ein Baubeginn vor dem Winter hätte neben höheren Kosten auch länger anhaltende Beeinträchtigungen für die Bürger an den Umleitungsstrecken ohne sichtbaren Baufortschritt bedeutet.

Kurier: In Brandenburg gibt es noch so viele Straßen, auch in weit schlechterem Zustand, die auf Ausbau warten. Warum ist gerade Glienicke vorgezogen worden?

B. B.: Durch viele Gespräche beim Land, durch Petitionen, durch Eingaben der Gemeindeverwaltung, aber auch der Anwohner der Schönfließer Straße, konnten die Verantwortlichen von der Notwendigkeit und Dringlichkeit überzeugt werden. Dass sich dadurch das Ausbauprogramm in den anderen Gemeinden verzögern wird, ist bedauerlich, aber im Interesse von Glienicke nicht zu ändern.

Kurier: Seit dem 12. März 2001 ist nun der Startschuss gefallen. Das bedeutet, dass es auch unangenehme Begleiterscheinungen gibt. Können Sie diese präzisieren?

B. B.: Der Verkehr muss weiträumig umgeleitet werden: Aus Schönfließ kommend über die Breitscheidstraße, die neu ausgebaute Märkische Allee und weiter über die Hauptstraße bis zur B 96. Zur besseren Verkehrsführung, vor allem aber zur Sicherheit für die Schulkinder, wurde an der Einmündung Hauptstraße/Märkische Allee eine Ampel installiert. Beide Busse (107 und 809) umfahren über Breitscheidstraße und Hattwichstraße die Baustelle in der Schönfließer Straße. Entsprechende Ersatzhaltestellen wurden eingerichtet.

Kurier: Wie wird jetzt - ganz konkret - die Straße ausgebaut?

B. B.: Das alte Kopfsteinpflaster, das besonderen Anlass zur Klage hinsichtlich Lärm und Erschütterung und die meisten Kritikansätze bot, wird entfernt und die Fahrbahn anschließend in ihrer ursprünglichen Breite mit einer Schwarzdecke (Bitumen) wieder hergestellt. Zuvor müssen allerdings Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Telefonleitungen sowie Elektrokabel in großem Umfang umverlegt werden. Parallel zu diesen Eingriffen werden die Kreuzungsbereiche mit den einmündenden Straßen ausgebaut und an der Kreuzung Schönfließer-/Lindenstraße ein Kreisverkehr errichtet.

Kurier: Wie sieht es mit den Geh- und Radwegen aus?

B. B.: Auch die werden selbstverständlich ausgebaut. In Teilen der Strecke müssen wir allerdings kombinierte Geh- und Radwege anlegen, da die vorhandenen Breiten für ein getrenntes Geh- und Radwegesystem hier nicht ausreichen.

Kurier: Werden die Geh- und Radwege die Schönfließer Straße auf beiden Seiten vollständig begleiten?

B. B.: Ja, natürlich, und zwar von Schönfließ bis zur B 96. Dazu wird auch die Straßenbeleuchtung vervollständigt.

Kurier: Aber das sind Maßnahmen, die die Gemeindeverwaltung parallel zur großen Straßenbaumaßnahme durchführt?

B. B.: Ja, es war von Anfang an vorgesehen, dass sich hier die Gemeindeverwaltung gleich mit einklinkt, damit wir abschließend ein vollendetes Ganzes haben.

Kurier: Nun ist ja auch ein Knotenausbau vorgesehen, der gehört eigentlich auch in diesen Gesamtrahmen?

B. B.: Die Bauleistungen für den Knoten Oranienburger Chaussee/Fürstendamm/Haupt- und Schönfließer Straße sollen nach Aussage des Straßenbauamtes noch in diesem Jahr ausgeschrieben werden. Damit könnte Anfang des Jahres 2002 mit der Ausführung begonnen werden. Wenn dann der "Engpass" an dieser Stelle beseitigt ist, wird sich der Durchgangsverkehr auf den dafür vorgesehenen Straßen konzentrieren und die heute noch benutzten Schleichwege entlasten.

Kurier: Es mussten in Vorbereitung der Maßnahme "Schönfließer Straße" auch einige Bäume gefällt werden. Gibt es dafür Ersatz?

B. B.: Ja, die Gemeindeverwaltung wird dafür Sorge tragen, dass durch Neuanpflanzung entlang der L 30 das typische Brandenburger Alleebild wieder vollständig hergestellt wird.

Kurier: Wie lange wird die Maßnahme insgesamt dauern?

B. B.: Nach dem derzeitigen Bauablaufplan soll die Schönfließer Straße noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Es bleibt aber abzuwarten, ob es bei dem Umfang der umzuverlegenden Leitungen nicht noch zu Verzögerungen kommen kann.

Kurier: So glücklich die Bürger nach Beendigung der Baumaßnahme Schönfließer Straße sein werden, kostet sie die Gemeinde auch Geld?

B. B.: Natürlich, sie wird die Bürger Geduld und Geld kosten, Geld, das wir für die Geh- und Radwege entsprechend unserer Satzung aufwenden müssen.

Kurier: Und wie präzisieren sie das mit der Geduld?

B. B.: Nun, die Umleitungsstrecken rufen bei den betroffenen Anliegern nicht nur Freude hervor, sondern teilweise auch verständlichen Ärger. Die Gemeindeverwaltung wird aber bemüht sein, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, die Beeinträchtigung so gering wie möglich zu halten.

Kurier: Dennoch dürfte es aber auch hier und da einige Beschwerden geben?

B. B.: Ja, sicherlich, denn die Belastungen sind im Moment nicht eben gering. Doch sollte die Aussicht auf künftig geringere Verkehrsdichte in den Nebenstraßen der Schönfließer auf derzeit manche Unannehmlichkeit hinwegtrösten. Dennoch bitte ich die Glienickerinnen und Glienicker, Verständnis aufzubringen und gegenseitige Rücksichtnahme zu üben. Auch diese Zeit wird vorbeigehen, und ich erinnere noch einmal daran, wie unglücklich wir damals mit der Märkischen Allee waren und wie zufrieden wir heute mit ihr sind.

Kurier: Herr Bienert, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Senkung der Abwassergebühren?

Gute Nachrichten für Glienicker Bürger:

Auf der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erstattete die Verwaltung den Abgeordneten Bericht über den Stand und die Perspektiven der Abwasserversorgung.

Dabei ging es sowohl um die technischen Anlagen, als auch um die Gebührenentwicklung. Anhand einer umfangreichen Kalkulation begründete die Verwaltung ihren Vorschlag zu einer Gebührensenkung ab 1. Januar 2002. Tiefbauamtsleiter Dietrich Walter erläuterte u. a., dass der Regiebetrieb Glienicke in diesem Jahr den Verlust der Vorjahre - kalkuliert nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg - ausgeglichen haben wird.

Weitere Nachfragen der Ausschuss-Mitglieder zur Kalkulation wurden von der Verwaltung umfassend beantwortet. Eine Entscheidung zur Höhe der Senkung der Grund- und Mengengebühr soll im nächsten Haupt- und Finanzausschuss abschließend beraten werden, bevor in der folgenden Gemeindevertreterversammlung eine entsprechende Satzungsänderung beschlossen wird.

Tendenziell deutete sich aber an, dass eher eine Bereitschaft zur Senkung der Mengengebühr (zur Zeit 6,30 DM/m³) und zur Beibehaltung der Grundgebühr (zur Zeit 17,00 DM/Wohnungseinheit) besteht. Dies würde bedeuten, dass die Mengengebühr auf 5,00 DM/m³ gesenkt werden kann.

Ein ausführlicher Bericht dazu wird in der Juni-Ausgabe zu lesen sein!

Planung für die Ortskante zu Hermsdorf

Im November 1996 fasste die Gemeindevertretung den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.6 „Jungbornstraße“. Nachdem sich die alte Planungs idee, den ehemaligen Grenzbereich um Westberlin zu einem Grünstreifen mit Spazier- und Radwegen umzuwandeln, als Illusion erwies, da jede rechtliche Möglichkeit dafür fehlte, war Glienicke die erste Gemeinde, die im ehemaligen Grenzstreifen mit den Mitteln der Bauleitplanung konkret an die Umsetzung für eine Baunutzung heranging. Als Leitvorstellung bildete sich ein stark durchgrüntes Wohngebiet heraus, das gegenüber dem schon baulich stark verdichteten Hermsdorf eine Zäsur setzt. Beim Überschreiten der Grenze von Berlin soll deutlich werden: „Hier beginnt das grüne Glienicke“. Die beauftragte „Planungsgruppe P4“ aus Berlin hatte für das von der B 96 bis an die Eichwerder Moorwiesen reichende Planungsgebiet in einer Bestandsanalyse festzustellen, was ortstypisch ist. Die für die „Grenzsicherung der DDR“ abgerissenen Häuser interessieren bei einer solchen aktuellen Analyse nicht. Nach Mitteilung eines ortskundigen Zeitzeugen waren „etwa 30 größere Kästen“ darunter. Es interessiert dagegen die vorhandene geringe Baudichte, und es ist „planungsrelevant“, was nun nach Beseitigung der Mauer an Grünflächen entstanden ist und was man dafür, wenn man solche Flächen neuer (nicht etwa wiedergewonnener!) baulicher Nutzung zuführt, an Ersatzmaßnahmen für das entschwundene Grün zu erbringen hat. Schließlich können die ehemaligen Eigentümer ihre Mauer-Grundstücke ja ganz günstig von der Bundesregierung zurückkaufen! Man hat so seine Schwierigkeiten, wenn man diese Verfahrensweisen ausländischen Besuchern, die mit den innerdeutschen Verhältnissen wenig vertraut waren, als unsere „planungs- und verwaltungsrechtliche Logik“ vermitteln soll. Schließlich hat der Bundespräsident ja gerade gesagt, wir sollen mehr stolz sein, auf das was wir (uns) leisten, als auf das, wohin wir hineingeboren wurden. Ich hoffe, dass sich auch die leichtere Literatur des Themas: „Planen im Grenzstreifen“ mit zeitlichem Abstand einmal annimmt und sich unsere Enkel einen Ast über uns lachen. (Anmerkung: Dies ist die persönliche Meinung des Verfassers und nicht die des Ausschusses für Planung und Umweltschutz).

Um den Grünstreifen nach dem Motto „Hier beginnt Glienicke“ deutlich zu machen, muss man natürlich eine wirkungsvolle Begrenzung für die bauliche Nutzung der Grundstücke vornehmen. Ist in der Bundesrepublik Deutschland für Baugebiete mit vornehmlich niedriger Bebauungsdichte der Wert von maximal 20 Prozent bebaubare Grundstücksfläche allgemein üblich oder anders gesagt einer anzuwendenden Grundflächenzahl (GRZ) von 0,2, dann haben wir hier im B-Plan Nr. 6 zum Wert 15 Prozent oder GRZ = 0,15 gegriffen. Also ein Viertel weniger als üblich. Der beauftragte Planer berichtete aus seiner jahrzehntelangen und wohl recht umfangreichen städteplanerischen Tätigkeit, dass er diesen Wert schon einmal angewendet hat, für ein Millionärsviertel am Rande einer südwestdeutschen Stadt. In Glienicke setzen wir diesen Wert nun nach dem bereits rechtsgültigen Bebauungsplan Nr. 5 „Kindelwald“, bei dem es um den Erhalt des Waldbaumbestandes ging, zum zweiten Mal an.

Die Baukörper auf Grundstücken im Kindelwald dürfen dabei mit zwei Vollgeschossen ausgeführt werden. Es bedurfte in der Sitzung des Planungsausschusses am 21.02.01 einer Diskussion, bis diese Regelung auch für den B-Plan Nr. 6 „Jungbornstraße“ angenommen wurde. Der noch einmal in der Abwägungsphase nach der Bürgerbeteiligung zu diskutierende Vorentwurf dieses B-Planes hatte nur in der ersten Baureihe eine Zweigeschossigkeit ausgewiesen, für die zweite Baureihe die Eingeschossigkeit.

Die Überarbeitung des Vorentwurfes in der Abwägungsphase, die zur Sitzung vorgelegt wurde, brachte auch eine andere wesentliche Verbesserung. Auf den teilweise sehr tiefen Baugrundstücken sind die für eine Bebauung ausgewiesenen Baufelder wesentlich in die Tiefe der Grundstücke hinein erweitert worden. Der Grund dafür ist, dass sich die ursprünglichen planungsrechtlichen Befürchtungen, bei einer so weit von der Straße in

die Grundstücke hineinreichenden Erschließung müsse sich die Gemeinde beteiligen, als unbegründet erwiesen.

Es ergibt sich jetzt eine Bebauungsmöglichkeit, wie sie von mir an dieser Stelle in der Mai-Ausgabe vom vorigen Jahr schon als verloren betrachtet werden musste und die dem ursprünglichen künstlerisch geglückten Entwurf der Planungsgruppe P4 entspricht: Wenn hier schon mit der geringen Grundflächenzahl gearbeitet wird, dann sollen zweigeschossige Punkthäuser (möglichst mit rotem Dach!) in dem großen Grünraum entstehen. Auch wenn diese Zweigeschossigkeit mit Dach nicht voll ausgenutzt wird, können Eingeschossener mit großem aufgebauten Dachraum errichtet werden. Die maximale Hausgröße auch für große Grundstücke wird auf 150 m² Grundfläche bestimmt. Zur Hermsdorfer Grenze hin wird ein einheitlicher Mindestabstand von 5 m Grünstreifen und 3 m Abstandsfläche gehalten, also insgesamt 8 m Tiefe. Das ergibt einen wirkungsvollen Siedlungsrand.

Für kleine Grundstücke von 500 m² erbringt die geringe GRZ eine Hausgröße von nur 75 m² Grundfläche und bei den ausnahmsweise durch den vorhandenen Grundstückszuschnitt bebaubaren Grundstücken mit 400 m² von 60 m² Grundfläche. Für die flächenaufwendige Verkehrsanbindung der tiefen Grundstücke sind die dafür geltenden Richtzahlen für Nebenflächen angehoben. Im Bereich zur B 96 und zum Ortskern hin sind für die Grundstücke höhere Nutzungen vorgesehen.

Die vorgeschriebene Mindestbepflanzung der Grundstücke auf mind. 20 Prozent der nichtversiegelten Grundstücksfläche und die geforderte Pflanzung eines hochstämmigen Baumes auf je 250 m² Grundstücksfläche sichert wie bei anderen Bebauungsplänen den Erhalt des Gartenstadtcharakters, wenn die notwendigen Kontrollen die Erfüllung dieser Auflagen sichern.

Die Gemeindevertretung hat den vom Planungsausschuss empfohlenen Beschluss zum Abwägungstext des Vorentwurfes in ihrer Sitzung am 14.03.01 nun schon einstimmig beschlossen, so dass der endgültige Entwurf vorbereitet wird, der dann noch in diesem Jahr nach der erneuten Bürgerbeteiligung abgeschlossen werden soll.

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beriet auf seiner Sitzung am 21. Februar auch noch zwei andere Themen aus seinem Aufgabenbereich: Die Verbrennungs-Verbotsverordnung und die Straßenreinigung. Das vom Land herausgegebene Faltblatt unterweist den Bürger in allen Bedingungen für das Verbrennen von Gartenabfällen und für das Feuer im Freien. Es wurde beschlossen, dass in unserer Gemeinde nun die Erfahrungen - aus dieser unserer Ansicht nach sehr weit gehenden Duldung - solcher „Feuerchen“ gesammelt werden, um dann gegebenenfalls erneut über die Bedingungen zu beraten.

Für das Thema Straßenreinigung lagen einige Anfragen vor zu Situationen, in denen die betroffenen Bürger mehr Leistungen erfüllen müssen als die Nachbarn. Es sollen hier in diesem recht schwierigen Gebiet der Gleichstellung neue, präzisere Formulierungen für eine Überarbeitung der Satzung getroffen werden. Unser Ausschuss nimmt Hinweise und Anregungen von Bürgern dazu gern entgegen.

Die Gemeindevertretung hat am 14.03.01 noch zu einigen Themen aus der Bauleitplanung Beschlüsse gefasst. Zwei verspätete Einwände von Bürgern zum B-Plan Nr. 4 „Nohlstraße“ wurden, wie auch schon aus dem Planungsausschuss berichtet, nicht mehr berücksichtigt. Für die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung, die im März-Heft in ihrer Bedeutung für die Festlegung bebaubarer Ortsbereichsflächen dargestellt wurde, konnte das Abwägungsergebnis zum Vorentwurf durch Beschluss bestätigt und die Auslegung des Entwurfes beschlossen werden.

Die Abstimmung zur Aufstellung des B-Planes Nr. 14 „Adalbertstraße“ wurde aus aufstellungsrechtlichen Gründen von der Gemeindevertretung wiederholt und das Planungsziel zur Festlegung von Mindestgrundstücksgrößen von 500 m² auf mindestens 600 m² Grundstücksfläche erhöht.

Klaus Neumann-Duscha,
Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umweltschutz

Die Entscheidung ist gefallen

Im dritten Beratungs-Anlauf für die Staffelgeschoss-Variante gestimmt

Eine reguläre und zwei Bauausschuss-Sondersitzungen fanden zur künftigen Fassadengestaltung der Gesamtschule statt (siehe auch Februar- und März-Kurier). Endlich, am 1. März, fiel die Entscheidung. Doch bevor es soweit war, hatte das Architektur- und Ingenieur-Büro Petzi & Thoß nochmals zwei neue bzw. überarbeitete Varianten vorgelegt, so wie es ihnen die Mitglieder des Bauausschusses auf den Weg gegeben hatten. Dabei waren die Staffelgeschoss-Wirkung bzw. ein Pultdach zu berücksichtigen. Letztere Idee entsprang einem Vorschlag der SPD/F.D.P.-Fraktion, den Johannes Bendik vorgelegt hatte. Seine und alle Varianten aus dem Büro Petzi & Thoß hatte die Verwaltung zuvor vorsorglich an die Untere Denkmalschutzbehörde geschickt, um sicher zu gehen, was im Umgebungsschutz zum Denkmal Grundschule und zum Denkmal Rathaus überhaupt möglich wäre. Die Antwort war eindeutig: Weder die kräftige Farbgestaltung der Bendik-Variante, noch seine Pultdachgestaltung seien aus Sicht der Behörde genehmigungsfähig.

Die meisten Ausschussmitglieder zeigten sich erleichtert darüber, dass die Meinung vor der endgültigen Entscheidung eingeholt worden war. Hans-Robert Joepgen von der CDU-Fraktion, die zunächst einen eignen Vorschlag eingebracht und sich dann eindeutig hinter die Bendik-Variante gestellt hatte, fühlte sich von der Verwaltung "missbraucht". "Wir engagieren uns und bringen uns ein" und würden auf eine Verhaltensweise stoßen, die "einem gläsernen Rathaus" widerspreche. Er erachtete es als undemokratisch, wenn von einer Seite plötzlich alles umgestoßen würde. Roland Unger (F.D.P.) war der Meinung, dass die Verwaltung gleich hätte die Denkmalschutzbehörde einschalten können. Dieser Ansicht schloss sich Prof. Elephandt (GBL) nicht an. Er argumentierte, dass man der Behörde erst einmal etwas habe vorlegen müssen, und, so fügte er hinzu, "so wie es gelaufen ist, ist es richtig gelaufen".

Im Ergebnis der Debatte musste sich auch die Verwaltung von ihrer favorisierten Variante trennen. Das Rennen machte der Vorschlag mit der Staffelgeschoss-Wirkung, von der Dorit Stahlberg als Elternsprecherin und Vorsitzende der Schulkonferenz ehrlich begeistert war, während Schulleiterin Beate Heinrich und Schüler-Sprecher Martin Klagge noch ein wenig der sogenannten "4 d-Variante" nachtrauerten. Bauausschuss-Vorsitzender Helmut Bloeck hatte immer auch die Kostenfrage im Auge, die nunmehr bei etwa 2,28 Mio. DM liegt.

Im einzelnen beschreibt der Architekt Sven Thoß die Sieger-Variante wie folgt: "Die sicherlich aus unterschiedlichen Beweggründen heftig und kontrovers geführte Diskussion zur Gestaltung der Fassade des Schulgebäudes führte letztendlich zu einer Kompromisslösung, die zum einen die Modernität der Fassade gewährleistet und zum anderen eine grundlegende gestalterische Veränderung am Gebäude vornimmt. ... Die entscheidende Veränderung des Erscheinungsbildes ist die optische Ausbildung eines "Staffelgeschosses". Durch die Reduzierung der Dämmstoffstärke und die eigenständige Farbgebung ab Fensterbrüstungshöhe des obersten Geschosses des einhüftigen Klassenraumtraktes setzt sich das letzte Geschoss deutlich von den darunterliegenden ab. Ergänzt und unterstützt wird diese Fassadenveränderung durch die Ausbildung eines umlaufenden Verschattungselementes aus leichten Aluminiumlamellen, das dem Gebäude einen dominanten oberen Abschluss gibt. Im Gegensatz zu den derzeitigen weißen Fensterprofilen, die die vorhandenen Fensteröffnungen sehr stark strukturieren, kommen nun schmale Aluminiumprofile zum Einsatz, die durch die gewählte Farbgebung als Rahmenelemente zurücktreten. Dadurch wirkt die Fensteröffnung als Ganzes, und die Horizontalgliederung der Lochfassade wird betont. Diese Wirkung unterstützt - zusammen mit der Ausbildung des "Staffelgeschosses" - die gewollte optische Reduzierung der Gebäudehöhe.

Die starke Symmetrie der Fassade wird durch die frei rhythmisierten Fenster zum Teil wieder aufgehoben. Im Bereich der Treppenhäuser werden die schweren Beton-Streifenelemente abgenommen und durch Aluminium-Glas-Elemente ersetzt. Die Funktion der inneren Erschließungsachsen bleibt so für den Betrachter auch von außen sichtbar, und die starke horizontale Ausrichtung der Fassade wird durch diese vertikalen Fensterbänder bewusst unterbrochen. Die Eingangssituation von der Hauptstraße bleibt erhalten, wobei die derzeitige Massivität durch den Abbruch der vorhandenen seitlichen Betonelemente und eine leichte Vordachgestaltung aufgehoben wird.

Mit der nun beschlossenen Variante wird die markante und typische Baukörpersymmetrie des Typenbaues weitestgehend erhalten. Durch die "Staffelgeschossausbildung" erfolgt eine zusätzliche Gliederung der Fassade, wodurch die Höhe optisch reduziert wirkt. Das Gebäude fügt sich durch seine Farbgebung als gleichwertiger Bestandteil in seine Umgebung ein. Für den Betrachter bleibt trotz und gerade durch die vorgenommenen Veränderungen eine Kontinuität der Baugeschichte ablesbar. Die kontinuierliche Entwicklung des Glienicker Schul- und Sportkomplexes spiegelt sich so als Ergebnis des demokratischen Umgangs mit Architektur auch in der neuen Fassade des Gesamtschulgebäudes wieder."

Richtfest in der Lindenstraße

Das Wetter meinte es nicht gut mit dem Richtfest der Gemeinnützigen Märkischen Baugenossenschaft, es war bitter kalt und Schneeregen fiel. Doch die Bauherren strahlten, die Richtkrone war mit bunten Bändern geschmückt, und die "Umbrella Jazzmen" spielten auf. Diese ehemaligen Studenten, die seit 40 Jahren zusammen musizieren, und aus denen inzwischen Bundesverwaltungsrichter, Architekt, Grafikdesigner, Musiker, Maler und Konstrukteure geworden sind, hielten die zahlreich erschienenen freierenden Gäste, darunter viele künftige Mieter, bei Laune, und die Redner hielten ihre Reden kurz, auf das man sich schnell in der warmen Tiefgarage zu fröhlichem Schmause, wärmenden Getränken und zu lockeren Gesprächsrunden treffen konnte.

Dennoch war zuvor von Diethard Hasler, Geschäftsführer der Genossenschaft, kurz folgendes zu erfahren: Glienicke sei zum Bauen ein guter Standort und die Entwicklung hervorragend. Doch um von Entwicklung zu reden, müssen Erfahrungen bereits vorliegen. Diese hat die Märkische Baugenossenschaft mit dem ersten Bauabschnitt gemacht. Dieser umfasst 177 Wohnungen und 24 Geschäfte, Restaurants sowie ein Bowlingcenter. Die Wohnungen waren sofort bei Fertigstellung vermietet, und auch die Geschäftszeile hat mit dem "Märkischen Platz" in ihrer Mitte neues, auch geselliges Leben in den Ort gebracht. Dafür sorgt u.a. der vierteljährlich stattfindende "Kunst und Modemarkt", und dazu wird künftig auch der Naturprodukte-Markt beitragen, der jeden Mittwoch, ab 4. April, von 11.00 bis 19.00 Uhr, von Fisch bis Geflügel, von Obst bis Honig, von Molkereiprodukten bis Gemüse, Eiern und Heilkräutern eine große Vielfalt von ökologischen Produkten anbietet.

Solchermaßen beflügelt, ließ die Märkische Baugenossenschaft nach dem ersten Bauabschnitt einen weiteren folgen. Diesen galt es, mit fünf Häusern und darin insgesamt 22 Wohnungen, beim Richtfest an der Lindenstraße zu feiern. Die Wohnungen werden mit ihrem Eichenholzparkett in den Zimmern, den polierten Granitfußböden in Dielen, Küchen und Bädern (jede Wohnung hat zwei) sowie einer dem Mieterwunsch entsprechenden Einbauküche ebenfalls wieder einem gehobenen Standard entsprechen. Im Erdgeschoss können die Bewohner ein Stückchen Garten nutzen, darüber große Balkone. Im Juli sollen die Wohnungen, von denen die meistem bereits vermietet sind, bezugsfertig sein. Und dann will die "Märkische" in der Lindenstraße sogar noch einen dritten Bauabschnitt folgen lassen, muss dazu aber mit den Grundstückseigentümern noch Verhandlungen führen.

Insgesamt, so Diethard Hasler, habe die GMB an diesem Standort etwa 110 Millionen DM investiert. Allein drei wären im Rahmen des Städtebaulichen Vertrages der Gemeinde zugeflossen.

Bürgermeister Joachim Bienert beglückwünschte den Investor zu seinem Mut, in diesen Risikozeiten dennoch weiterzubauen, zwar nicht so hoch und massiv wie im benachbarten Reinickendorf, dafür aber schöner, und - was man nicht außer acht lassen sollte - er setze damit ein Zeichen für Arbeit.

Änderungen der Organisationsstruktur

Mit einer ab März geänderten Organisationsstruktur sollen Leistungsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung in Glienicke weiter verbessert werden. Vorausgegangen ist bereits im Jahr 2000 die Teilung des Bauamtes in ein Hochbau- und ein Tiefbauamt.

Jetzt sollen durch die Zusammenfassung der im Hauptamt vorhandenen Sachbereiche Schule, Bildung, Kultur, Soziales, Sport und Kita zu einem Sachgebiet mit einem Sachgebietsleiter, dem als ständiger Vertreter des Hauptamtsleiters im Bereich des Sachgebietes durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses auch die notwendige Entscheidungskompetenz übertragen wurde, die Verwaltung einerseits schneller entscheidungsfähig im Rahmen des verwaltungsmäßigen Alltagsgeschäftes und damit bürgerfreundlicher werden, und andererseits werden im Führungsbereich zeitliche Möglichkeiten geschaffen, um sich grundlegender als bisher Problemen der Bürger zu widmen.

Eine weitere organisatorische Veränderung betrifft die Eingliederung des Bauhofes in das Tiefbauamt, statt wie bisher in den Hochbaubereich. Damit werden kürzere Verwaltungswege und damit verbundene, zeitnähere, aber auch stärker fachlich orientierte Problemlösungen möglich, weil etwa 80 Prozent der Bauhofaufgaben originär dem Tiefbau zuzuordnen sind.

Gleichzeitig wird dadurch der Hochbau- und Bauplanungsbereich von ihm sachfremden Aufgaben entlastet.

Die Konzentration auf wesentliche Fragen der Bauleitplanung (B-Pläne) sowie die fachgerechte Betreuung der kommunalen Bauvorhaben kann damit künftig stärker als bisher kostensparend eigenverantwortlich, d. h. mit einem geringeren Fremdfirmeneinsatz im Bereich "Controlling bzw. Überwachungsaufgaben im Bau- und Planungsbereich" wahrgenommen werden, wie es bereits im Tiefbaubereich aufgrund der eingeführten Bauämterstruktur zugunsten der Gemeinde praktiziert wird (Organisationsplan siehe Seite 11). Eine weitere Änderung betrifft den Einsatz eines seit dem 01. März 2001 vorhandenen "Jugendsozialarbeiters für die offene Jugendarbeit" (statt bisher eines Jugendklubleiters). Dadurch wird mehr Effizienz im Bereich der Jugendarbeit erwartet. Mit dem Jugendsozialarbeiter (Matthias Kießling), erreichbar über das Telefon des Jugendklubs oder die Verwaltung, steht ein Ansprechpartner für Jugendliche und ihre Probleme auch bei familiär schwierigen Situationen zur Verfügung.

Der Jugendsozialarbeiter wird sich mit einem ersten Konzept für seine Jugendarbeit auf der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses am 03. Mai 2001 vorstellen.

[\[CDU\]](#) [\[PDS\]](#) [\[SPD/FDP\]](#)

CDU-Fraktion

Pressemitteilung 16.03.2001

Am 16. März 2001 hat die Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Glienicke/Nordbahn Herrn Martin Federlein als Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Glienicke am 11.11.2001 gewählt.

M. Federlein arbeitete als Wirtschaftsstadtrat und stellv. Bürgermeister im Berliner Bezirk Pankow. Er ist ein Wirtschaftsfachmann, der mit Wissen, hohem Sachverstand und Fortuna die Verwaltung zum Erfolg führte.

Seine kommunalpolitischen Erfahrungen sind für unseren sich stetig entwickelnden Ort von hohem Wert.

Der CDU-Ortsverband ist überzeugt, dass mit dem Bürgermeisterkandidaten M. Federlein die bessere Alternative zur Wahl steht. Die Glienicker Bürgerliste unterstützt seine Kandidatur.

H. R. Joepgen
Vorsitzender der Fraktion

[nach oben](#)

PDS-Fraktion

Zur Annahme der KITA-Satzung

Uns fällt es schwer zu begreifen, dass in Glienicke eine gesetzliche Änderung mit so gravierenden sozialen Auswirkungen im Rekordtempo umgesetzt wird. Zeit zu gründlichen Beratungen wurde nicht vorgesehen.

Über jede, zum Teil nichtige Satzungsänderung wird gründlicher beraten.

Eine Sternstunde der Glienicker Gemeindevertretung war die Beratung am 07.03.2001 wahrlich nicht. Wahrscheinlich haben einige schon die Bodenhaftung verloren, ignorieren, dass die Bundesrepublik Deutschland in der Kinder- und Jugendbetreuung Schlusslicht der EU-Staaten ist, dass es vielen Familien nicht egal sein kann, ob sie im Durchschnitt 500,- bis 800,- DM pro Kind und Jahr mehr zahlen müssen.

Es fällt uns auch schwer auszusprechen, dass vieles darauf hinweist, dass hier eine schwierige und unpopuläre Maßnahme mit Taktik und Tricks durchgepeitscht werden sollte.

Warum wurde über die Auswirkungen des KITA-Gesetzes nicht bereits im Herbst vorigen Jahres beraten, obwohl Abgeordnete das gefordert haben?

Warum wurde die Sitzung des Sozialausschusses im Dezember 2000 abgesagt, obwohl die zweite Stufe des KITA-Gesetzes ab 01. Januar 2001 in Kraft treten sollte?

Warum wurden die Abgeordneten unter terminlichen Druck gesetzt? Erst nach zweimaliger Nachfrage wurde eingestanden, dass der Termin 01.04.01 kein vom Gesetzgeber vorgegebener war, sondern von der Verwaltung festgelegt wurde. Man wollte in Ruhe an der Umsetzung der Satzung arbeiten können.

Warum wurde unseriös mit Zahlen die Meinungsbildung manipuliert?

Letztere Frage möchten wir mit Fakten belegen, weil sie schwerwiegend und begründet ist.

Es wurde in dem ganzen Prozess mit absoluten Zahlen argumentiert. Die Vergleichbarkeit der Zahlen wurde vermieden. Da, wo relative Zahlen verwendet wurden, wurde z. T. manipuliert. Beispiele (anhand der Einkommensgruppe 30.000,- DM pro Jahr):

1. Der Hauptamtsleiter nimmt für den Ausweis der Mehrbelastung der Eltern als Bezugsbasis in seiner Argumentation nicht die geltende Satzung, sondern die Satzung von 1999, weil sie besser zu seinem Argumentationsziel passt. So kommt in den unteren Einkommensgruppen statt einer Mehrbelastung eine Entlastung heraus.

2. Er vergleicht Äpfel mit Birnen, indem er nicht eine gleiche Betreuungszeit von 8 bzw. 9 Stunden zugrunde legt, sondern die Anspruchszeiten. Diese sind bekanntlich gekürzt worden.

Allein die Verkürzung der Anspruchszeit entspricht einer Beitragssteigerung in der Krippe um 25 % und im Kindergarten um 33,3 %, wenn das Kind 8 bzw. 9 Stunden Betreuungszeit in Anspruch nehmen muss.

Rechnet man die Beitragserhöhung der neuen Satzung dazu, sind es insgesamt für die Krippe über 44 % und für den Kindergarten über 63 %.

Erst mit den Materialien zur Sitzung des Sozialausschusses vom 25.01.2001 hatten wir Zahlenmaterial in der Hand. Die Fraktion hat in mehreren Beratungen eigene Konzeptionen entwickelt und über unsere Vorstellungen den Hauptamtsleiter schriftlich und mündlich informiert. Auf unser Schreiben vom 14.02.01 erhielten wir mit Schreiben vom 23.02.01 am 24.02.01 die Antwort, dass unser Entwurf einen finanziellen Mehrbedarf von ca. 150 TDM per anno ergeben würde. Gleichzeitig sollten wir berücksichtigen, dass zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs "hier vorrangig nur Bereiche... wie z. B. Kulturarbeit, Seniorenclub, Förderung von Sportvereinen und sonstige Vereinsgruppen, etc." in Frage kommen. Dieser Wink mit dem Zaunpfahl wurde dankenswerterweise vom Bürgermeister in der Sitzung am 07.03.01 zurückgenommen.

Zur Vorbereitung auf die Sitzung der Gemeindevertretung am 07.03.01 haben wir uns intensiv mit den Haushaltsplänen des Jahres 2001 und der vorhergehenden Jahre beschäftigt. Dabei mussten wir feststellen, dass in der Vergangenheit die Zuschüsse der Gemeinde für die Kindertagesstätten im Ist z. T. erheblich unter dem Planansatz lagen:

Anteil der Gemeinde

an den Ausgaben	1997	1998	1999
Plan	30 %	34 %	30 %
Ist	8,1 %	5,1 %	7,6 %

Durchaus ein Grund, sich noch einmal mit dem Ansatz 2001 zu beschäftigen.

In der Gemeindevertretersitzung am 07.03.01 haben wir als denkbare Deckungsquelle vorgeschlagen, den provisorischen Straßenausbau auf das Ausbautempo der vergangenen Jahre zurückzunehmen.

Deshalb empfinden wir es schon als starkes Stück, wenn uns in der Sitzung von der Gemeindeverwaltung vorgeworfen wird, dass wir kein schlüssiges Konzept hätten.

Dieser Vorwurf ist auch deshalb unerhört, weil wir als Antwort auf unsere Überlegungen von der Gemeindeverwaltung eine nackte Zahl übermittelt bekommen haben, deren Zuverlässigkeit durch den Bürgermeister in der GVT selbst in Frage gestellt wurde, indem er von 150 bis 200 TDM sprach.

Aber nicht nur das. Für diese eine Zahl brauchte die Gemeindeverwaltung (gut bezahlte Arbeitsaufgabe) so lange, wie sie ehrenamtlichen Freizeitabgeordneten zubilligt, um auf dieser wackligen Basis ein fertiges Konzept vorzulegen. Das ist ein Umgang mit Abgeordneten, den wir uns entschieden verbitten.

Vielleicht ist es an dieser Stelle noch einmal wichtig zu sagen, dass die Fraktion der PDS nur beantragt hatte, wegen der Brisanz dieses Themas und wegen der vielen ungeklärten Fragen eine nochmalige Beratung im Sozialausschuss zu beschließen. Das wurde abgelehnt.

Unser eigenes Beitragskonzept haben wir bewusst nicht als Gegenantrag vorgelegt, weil wir gehofft hatten, dass es eine Chance in dieser Gemeindevertretung gibt, eine so wichtige Entscheidung erst dann zu fällen, wenn alle ruhigen Gewissens sagen können, wir haben alle Für und Wider abgewogen. Um so unverständlicher ist es, dass mit solchen Mitteln gearbeitet wurde und sogar die Elternvertreter gemäßregelt wurden.

Es grenzt schon an Zynismus, wenn behauptet wird, dass mit diesem KITA-Gesetz der verfassungsrechtlich gesicherte Anspruch auf einen KITA-Platz erfüllt wird. Derzeit liegen in Glienicke ca. 200 Anmeldungen vor, davon ca. 170 mit Anspruch ohne Prüfung. Und das trotz einer neuen Kindertagesstätte im Sonnengarten.

Zur Baumfällung in der Breitscheidstr. 71

Auf Antrag der Fraktion der PDS wurde dieses Thema noch einmal in der Gemeindevertretung am 07.03.01 beraten. Positiv ist, dass die Gemeindeverwaltung bereits im Bauausschuss eine Chronologie der Ereignisse und gemeinsame Schlussfolgerungen der Gemeindeverwaltung und der Forstbehörde vorgelegt hatte.

Auch waren die Darlegungen des Bürgermeisters glaubhaft, was die eigenen Schlussfolgerungen betraf.

Wir verlangen keinesfalls - wie vom Bürgermeister vermutet - eine Missachtung von Gesetzen. Wir erwarten nur, dass die Ideologie, dass wir wegen der vielen Detailregelungen keinen Handlungsspielraum haben, nicht toleriert wird. Mit den vereinbarten Schlussfolgerungen wird die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt.

Wir erwarten aber, dass wir uns konsequenter gegen selbtherrliche Entscheidungen übergeordneter Institutionen wehren - auch im Nachhinein. Das betrifft in diesem Fall das Bauordnungsamt Oranienburg, das eine andere Baugenehmigung als im Bauausschuss beschlossen, erteilte und darüber die Gemeindeverwaltung erst informierte, als die Bäume gefällt waren.

Als bitterer Beigeschmack bleibt, dass wieder keiner zur Verantwortung gezogen wird, obwohl der Baumfrevler seinesgleichen sucht.

Dr. Martin May
Vorsitzender der Fraktion

SPD/F.D.P. - Fraktion

Quo vadis Glienicke?

Im Ausschuss für Planung und Umweltschutz ist auf Anregung des Vorsitzenden einverständlich eine grundlegende Diskussion über den Grad der baulichen Nutzung der Grundstücke vorgesehen. Das betrifft die zur Zeit in der Bauleitplanung befindlichen Gebiete und wird perspektivisch auch Folgerungen für die z.Zt. noch nicht von der Bauleitplanung erfassten Ortsgebiete haben.

Aus der bisherigen Arbeit der Gemeindevertreter in GVT und Planungsausschuss ist die Bewahrung des Glienicker Ortsbildes und des Orts-Charakters als stark durchgrünte Wohnsiedlung als Ziel aller Fraktionen festzustellen. Viele gute Schritte sind in der Bauleitplanung für unsere Gemeinde dazu schon ausgeführt worden, nachdem die Lehren aus den Fehlern während der "Bauwut"-Phase in den ersten Jahren nach der Wende gezogen wurden.

Unterschiedlich sind die Auffassungen, wieweit man die bauliche Nutzung der Grundstücke beschränkt. Es ist Fakt, dass der Wert eines Grundstückes durch seine Bebauung oder Möglichkeit zu seiner Bebauung bestimmt wird. Beschränkungen der baulichen Nutzung über das allgemein übliche Maß hinaus sind Eingriffe in das Eigentum des Bürgers. Darauf ist an dieser Stelle von Seiten des Planungsausschuss-Vorsitzenden immer wieder hingewiesen worden. Alle Gemeindevertreter sind verpflichtet, die Bürger umfassend zu informieren und sich selbst zu prüfen, wieweit man für das "Bewahren" des Ortsbildes und für das zukunftsweisende "Entwickeln" der Gemeinde vertretbare Festlegungen trifft.

Unsere Fraktion beschäftigt sich intensiv mit der Themenstellung "quo vadis Glienicke?"

Es ist unserer Meinung nach zu überprüfen, ob die max. Hausgröße von 150 m² Grundfläche für die Bauwünsche und Bauziele von Familien und selbständig erwerbstätigen Bauherren in allen Baugebieten und Ortsbereichen richtig ist. Wenn man in dafür geeigneten Ortslagen, in denen 500 bis 600 m² große Grundstücke schon aus dem alten Siedlungsbild vorhanden sind, die Teilungsfähigkeit von Grundstücken mit 500 m² Mindestgrundstücksgröße festsetzt, ist das u.E. demokratisch.

Seltsam mutet es hingegen an, wenn in der Sprache der Glienicker Bürgerliste in ihrem Glienicker Blatt von "Profitinteressen" und "Baulobby" getönt wird, wenn Herr Geißler wegzudiskutieren versucht, dass ein geringer bebaubares Grundstück an Wert verliert. Was sollen solche Informationen bezwecken? Richtig drollig wird diese Informationspolitik, wenn man bezweifelt, dass auf einem 500 m² Grundstück außer dem Haus noch Apfelbäume stehen können, mit dem Argument, ein Laubbaum brauche nach dem Nachbarschaftsgesetz 4 Meter Grenzabstand, dabei aber verschweigt, dass nach dem gleichen Gesetzesparagrafen ein Apfelbaum nur 2 Meter Abstand benötigt.

Wir sind der Auffassung, dass das wichtige Thema unserer Ortsentwicklung eine sachliche und faire Diskussion erfordert und dass unsere Bürger umfassende und aktuelle Informationen über ihre Belange erhalten, damit sie sich an diesem Entwicklungsprozess beteiligen können.

Klaus Neumann-Duscha
Vorsitzender der SPD/F.D.P. Fraktion

Aufgeschnappt!

- **Opposition**

Es war zu lesen, dass es in Glienicke in der GVT eine Opposition gibt! Das war für die Verwaltung überraschend, denn das Kommunalparlament unterscheidet sich gerade dadurch von anderen Parlamenten, dass es keine Opposition und keine Regierungspartei gibt. Der Bürgermeister wird direkt von den Bürgern gewählt und nicht in einem parlamentarischen Verfahren von einer Mehrheit von Abgeordneten, die sich als Regierungspartei oder Regierungskoalition verstehen.

- **Demokratie**

Demokratie wird offensichtlich immer noch in weiten Kreisen als mit alles tun und alles lassen dürfen in Verbindung gebracht. Demokratie heißt zwar aus dem Griechischen stammend Volksherrschaft; sie findet aber bei uns im staatlichen Bereich als repräsentative Demokratie, d. h. durch die gewählten Abgeordneten statt, d. h. auch nicht ohne Regeln und so wie es sich der Einzelne in seiner persönlichen Interessenlage gerade vorstellt.

- **Aus der Kita-Diskussion**

"Glienicke ist kinderunfreundlich; Glienicke kassiert mit der neuen Satzung das meiste Geld im Vergleich zu anderen Kommunen ab, in Glienicke verhält man sich nicht sozial; etc.", so klingt es manchmal in der Gemeinde.

- **Richtig ist:**

Während andere Orte ihre Kitaplätze aus Kostengründen reduzieren, nimmt Glienicke trotz erheblicher Mehrbelastungen eine dritte Kita in Betrieb. Zur ordentlichen Betreuung der Kinder, auf die es einen Anspruch gibt, setzt Glienicke keine kostengünstigen Praktikantinnen (wie Nachbarorte und u. a. Berlin) ein, sondern voll ausgebildete Erzieherinnen.

Glienicke kassiert von den Eltern, wenn sie ihr Kind mal zu spät abholen und damit bereits außerhalb der vereinbarten Betreuungszeit liegen, keine 50,- DM Gebühr für die erste halbe Stunde, wie es andernorts passiert. Glienicke führt keine Zeitkonten, wie z. B. auch in Berlin zu finden, und überrascht dann anschließend mit erheblichen Nachzahlungsaufforderungen, wenn die Betreuungszeit über das vereinbarte Zeitkonto hinaus in Anspruch genommen wurde.

Und nicht allzu weit von Glienicke entfernt zahlt man bei 60.000,- DM Nettoeinkommen im Jahr für die sechsstündige Kitabetreuung immerhin noch 15,- DM mehr/Monat als in Glienicke.

Zur so gern zitierten sozialen Verantwortung gehört auch die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern in der Kita. Glienicke entlässt keine Mitarbeiter, sondern hat Mitarbeiter eingestellt. Auch das im Ort wieder einmal kursierende Gerücht von der bevorstehenden Schließung der Kita "Burattino" ist ebenso falsch wie die Aussage, dass man im Saarland nichts für die Kita bezahlen muss, da man die Kitagebühren abgeschafft habe. Tatsächlich beträgt im einkommensschwachen Saarland der Elternanteil für Kitas in kommunaler Trägerschaft 25 Prozent der Gesamtpersonalkosten. Eine Freistellung von Kosten besteht nur für Erziehungsberechtigte im Rahmen des Beitrages für die sechsstündige Regelbetreuungszeit in dem Betreuungsjahr, das unmittelbar dem 1.

Schuljahr vorgeschaltet ist (gemeint ist damit die sogenannte "Vorschule"). Über die Regelbetreuungszeit hinausgehende Wünsche der Eltern zur Betreuung sind selbstverständlich durch die Eltern finanziell zu tragen.

Verschiedenes

[\[KITA-Gebührensatzung\]](#) [\[Kreisumlage gestiegen\]](#) [\[Stundenausfälle in den Schulen\]](#)
[\[Beschlussvorlagen abgearbeitet\]](#) [\[Tschernobyl-Kinder brauchen Hilfe\]](#)

KITA-Gebührensatzung heftig diskutiert

Dass eine Gemeindevertreterversammlung mit insgesamt 27 Tagesordnungspunkten nicht zu schaffen sein würde, war vorauszusehen, aber dass man nach Einwohneranfragen, Protokollkontrolle, Informationen, Anfragen und Behandlung von Anfragen in einer GVT nur zwei Beschlussvorlagen abhandeln würde, wobei die eine (Namensgebung für die KITA im Sonnengarten) sogar noch einmal in den Sozialausschuss zurückverwiesen wurde, das war nicht abzusehen. Abzusehen aber war, dass das Thema KITA-Satzung zu heftigen Diskussionen führen würde. Das deutete sich an durch zwei in der Presse veröffentlichte Stellungnahmen der PDS-Fraktion und durch viele Besucher, die die Aula der Grundschule bis auf den letzten Stuhl füllten. Das war auch weiterhin abzusehen durch vorausgegangene, landesweite Diskussionen, Foren, Protestaktionen, Empörungen usw., die das neue KITA-Gesetz hervorgerufen hatte und die in den Presseveröffentlichungen des letzten Jahres immer wieder ihren Niederschlag gefunden haben. Dass auch Glienicke nicht davon verschont bleiben würde, war klar. Allerdings wurde die neue KITA-Gebührensatzung - im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die die umstrittenen Gebührenerhöhungen bereits viel früher diskutiert hatten - hier erstmals am 25. Januar 2001 im Sozialausschuss thematisiert, ein Umstand, der von den meisten Abgeordneten kritisch angemerkt wurde. Man fühle sich unter Zeitdruck gesetzt, das war nicht nur die Meinung von Edgar Himmert (PDS).

Noch vor den Abgeordneten erhielten die Elternvertreterinnen aus der KITA im Sonnengarten, Miriam Koryszczuk, und der KITA "Burattino", Sabine Neumann, Rederecht, wobei beide Mütter ihrer Empörung Ausdruck verliehen. Geringere Betreuungszeiten stünden im umgekehrten Verhältnis zu steigenden Kosten, was vor allem alleinstehende bzw. nur halbtags arbeitende Mütter treffen würde. Zusätzliche Kosten von 300 DM im Jahr seien für diese Gruppe schon beträchtlich und würden manche Kinder zu zweitklassigen degradieren. Das sei ein fatales Signal und ausgesprochen kinder- bzw. familienfeindlich.

Dr. Alfred Krause, als Hauptamtsleiter, schloss sich der Kritik der beiden Mütter im Prinzip an, wollte den Buhmann aber nicht der Gemeinde zugeschoben sehen, sondern dorthin, wo er tatsächlich hingehöre: in die Landesregierung. Dort sei das neue KITA-Gesetz schließlich entstanden, und die Kommunen könnten sich den Auswirkungen nicht entziehen. Doch allein mit Kritik käme man nicht weiter, es gelte, Alternativen aufzuzeigen. Schließlich hätten sich die Zuschüsse vom Land, die früher 84 Prozent betragen, beträchtlich verringert, und auch die Regelbetreuungszeiten von früher 9 Stunden für Krippenkinder (0 bis 3 Jahre) seien auf 6 Stunden, für die Kindergartenkinder (3 Jahre bis zum Schulbeginn) von 8 auf 6 Stunden und im Hortbereich von 6 auf 4 Stunden gesunken. Was zeitlich darüber hinausgehe, das mache die Verteuerung aus. Vom Land bekomme die Gemeinde 1,2 Mio. (bei 84 Prozent wären es etwa 1,9 Mio. gewesen), sie gebe selbst 990.000,- DM hinzu, insgesamt aber würden sich die Kosten für alle drei KITA im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt auf 3,1 Mio. DM belaufen. Blicke also ein Rest von 1,8 Mio., der aufgebracht werden muss.

Nun hatte die PDS einen Vorschlag erarbeitet, der zwar die Gebühren für die Familie reduzieren, aber den Haushaltsplan der Gemeinde um 150.000,- bis 200.000,- DM zusätzlich belasten würde. Wo aber, so der Bürgermeister, wolle man an anderen Stellen kürzen? Das sei nicht klar und daher dieser Vorschlag keine akzeptable Alternative. Die PDS-Fraktion war aber der Meinung, dass Einsparungen an anderer Stelle möglich wären,

man brauche nur Zeit, die Gebührensatzung einmal gründlich durchzuarbeiten und schlug vor, sie noch einmal in den Sozialausschuss zurückzuverweisen. Das lehnte die Mehrzahl der Abgeordneten ab. Zugestimmt aber wurde einem Antrag der GBL, die Satzung vorerst nur bis zum Jahresende gelten zu lassen und sie nach ersten Erfahrungen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen, denn, so Prof. Elephandt, es gelte, hier nicht allein eine Satzung zu diskutieren, sondern es gelte, einen politischen Punkt zu finden, der ein Zurück zur ehemals kinderfeindlichen Struktur der alten BRD ausschließen müsste. Da man über eine soziale Geschichte, also einen hochpolitischen Prozess, zu entscheiden habe, wäre die zeitweilige Geltungsdauer ein akzeptabler Kompromiss. Diesem Antrag stimmten 15 Abgeordnete zu, zwei enthielten sich der Stimme, während dann anschließend die neue Gebührensatzung mit 14 Ja- und drei Nein-Stimmen verabschiedet wurde.

[nach oben](#)

Kreisumlage gestiegen

Auf der Gemeindevertreterversammlung konnte die Kämmerin im voraus über die Kreisumlage informieren, obwohl der Kreishaushalt zu diesem Zeitpunkt noch nicht verabschiedet war. Telefonisch habe sie erfahren, dass die Gemeinde Glienicke in diesem Jahr 2.686.114,- DM zu zahlen hätte. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 444.000,- DM (etwa 20 Prozent). Da im Haushalt nur 2,6 Mio. DM eingestellt sind, würden also überplanmäßige Ausgaben anfallen.

[nach oben](#)

Stundenausfälle in den Schulen

Im ersten Schulhalbjahr, so berichtete Hauptamtsleiter Dr. Alfred Krause, seien durch Lehrermangel und Krankheiten insgesamt 399 Stunden ausgefallen. Von diesen Stunden konnte aber ein Teil durch Vertretungsstunden bzw. Zusammenlegung von Gruppen wieder aufgeholt werden, so dass der absolute Ausfall bei 201 Stunden läge. Zur Zeit ständen wöchentlich 25 Stunden zur Disposition, von denen jedoch 10 durch die Lehrer abgefangen würden. In der Grundschule habe im Februar eine neue Lehrkraft angefangen. Dort seien im ersten Schulhalbjahr 50 Stunden ausgefallen, während es im Februar/März nur noch zwei waren.

[nach oben](#)

Viele Beschlussvorlagen abgearbeitet

Die Fortsetzung der März-GVT begann mit zwei Beschlüssen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Bei denen zum Vermögenshaushalt in Höhe von 516.422,- DM handelte es sich um Ausgaben, die bereits im Jahr 2000 von der Gemeindevertretung genehmigt, jedoch noch nicht in Anspruch genommen werden konnten. Da eine Übertragung in ein anderes Haushaltsjahr nicht zulässig ist, musste noch einmal neu beschlossen werden, was einstimmig erfolgte.

Auch für die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 11.560,- DM gab es Einstimmigkeit, allerdings diese nicht ohne Verwunderung. Der Hintergrund: Am 25. Januar diesen Jahres flatterte der Gemeindeverwaltung von der e.dis eine Rechnung mit einer Nachzahlung von 6.807,97 DM und einer dementsprechend sehr hohen zweimonatlichen Abschlagzahlung für das neue Jahr von 1.450,- DM ins Haus, Forderungen, die den Haushaltsansatz bei weitem überschreiten. Dieser viel zu hohe Stromverbrauch dürfte in der Zeit zu suchen sein, so Hauptamtsleiter Dr. Krause, als der Jugendklub ohne Leiter geführt wurde und man sogar annehmen musste, dass sich die Jugendlichen Nachschlüssel angefertigt hatten, um so den Klub auch zu nicht

vereinbarten Zeiten nutzen zu können. Zwar seien die Schlösser sofort ausgetauscht worden, aber Musikanlagen, Scheinwerfer u.a. elektrische Gerätschaften hätten inzwischen bereits entsprechend Strom geschluckt. Dem nunmehr seit März tätigen Jugendsozialarbeiter, Matthias Kießling, wird es obliegen, mit den Jugendlichen diesen "Ausrutscher" auszuwerten. Aber auch die Kürzungen an anderen Stellen wie Honorare, Geräte und Ausstattungen, Software und Verbrauchsmittel für den Klub dürften die Jugendlichen als Gegenmaßnahmen nicht unempfindlich treffen.

Zwei weitere Beschlüsse befassten sich mit Anträgen auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 "Nohlstraße". In dem einen ging es um ein Grundstück in der Leipziger, im anderen um eines in der Franz-Schubert-Straße. Beide Anträge wurden nach ausführlicher vorheriger Beratung im Planungsausschuss mit der entsprechenden Empfehlung an die Gemeindevertreterversammlung abgelehnt. Erstens, so die Erklärung des Ausschuss-Vorsitzenden, sei das planungsrechtliche Verfahren abgeschlossen und zweitens die bauliche Nutzung in beiden Fällen möglich. Hochbauamtsleiter Peter Staamann ergänzte, dass weder ein öffentliches Interesse noch eine Erforderlichkeit zur Änderung des Bebauungsplanes festgestellt werden konnte. So wurden die Beschlüsse einheitlich bzw. mehrheitlich gefasst. Wiederum zwei Vorlagen befassten sich mit der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung (der Kurier berichtete mehrmals). Hierzu konnten nunmehr der Beschluss über die Abwägung als auch über die öffentliche Auslegung (siehe auch Information der Gemeindeverwaltung) gefasst werden.

Diskussionen hatte es nach der Januarsitzung um die Abstimmung zum Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 14 "Adalbertstraße" und hier speziell um die Mindestgrundstücksgrößen von 600 bzw. 500 m² gegeben. Da eine Abgeordnete nach der ersten Zählung ihr Stimmverhalten geändert hatte, zweifelte die GBL die Gültigkeit der Abstimmung an. Zwar hatte die Kommunalaufsicht nach Anfrage in dieser Angelegenheit keine Bedenken geäußert, aber wie sich nachträglich herausstellte, hatten zwei Abgeordnete mit abgestimmt, die als befangen gelten und daher nicht stimmberechtigt waren. So gab es also doch noch eine Wiederholung dieser Entscheidung, zum einen die Änderung der Grundstücksgrößen von 500 auf 600 m² (mehrheitlich: Ja) und zum anderen die Abstimmung über den Aufstellungsbeschluss für den nunmehr geänderten Bebauungsplan (einstimmig).

Noch einmal brachte die PDS das Thema Baumfällungen in der Breitscheidstraße 71 auf die Tagesordnung (siehe März-Kurier und Seite 15). Nach ausführlicher Diskussion im Bauausschuss und an diesem Abend, an dem Hochbauamtsleiter Peter Staamann nochmals die einzelnen Schritte von Forstbehörde und Gemeindeverwaltung darlegte, war die Quintessenz, dass diese Baumfällungen eine schmerzliche Erfahrung für alle seien, die es zukünftig zu verhindern gelte. Mit einem weiteren Antrag der PDS, nämlich die Nutzung der Bürgersteige in der Lessingstraße zukünftig durch Fußgänger und Radfahrer wird sich zunächst noch einmal der Ständige Ausschuss Straßenausbaukonzeption beschäftigen.

Zwei Anträge auf Beschlussfassung von der CDU-Fraktion sorgten auch in dieser Gemeindevertreterversammlung dafür, dass lange und intensiv diskutiert und die vorgesehene Sitzungszeit wiederum voll ausgeschöpft wurde. Mit der Veröffentlichung von Planungsaufträgen im "Gliener Blatt" und "Gliener Kurier", so Bürgermeister Joachim Bienert, sehe er keine Schwierigkeit, aber dann müssten sie auch im Brandenburger Ausschreibungsblatt erscheinen, und dann könnte es geschehen, dass es bei steigendem Konkurrenzdruck eine Flut von Angeboten gebe. Und das Vertrauen in ein Planungsbüro sei überaus wichtig. Diese Ansicht vertrat nicht nur der Bürgermeister, sondern u.a. auch Bauausschuss-Vorsitzender Helmut Bloeck (GBL), der hinzufügte, dass Zuverlässigkeit und Sicherheit einer Firma zuvor unbedingt geprüft werden müssten. Brigitte Oltmanns (SPD) wies auf die Vergabeordnung hin und darauf, dass nach Dreifeldhalle, Feuerwehr, Grundschule und Gesamtschule große Aufgaben in Zukunft gar nicht mehr anständen. Natürlich wolle man ortsansässige Büros bei Planungsaufträgen beteiligen, aber wenn man sie landesweit öffentlich mache, würde man genau das

Gegenteil erreichen. Doch das sahen Hans Robert Joepgen und Wolfgang Mattern von der CDU-Fraktion anders.

Ihr Anliegen sei es, so betonten sie immer wieder, dass ortsansässige Planungsbüros mehr als bisher in die gemeindlichen Aufträge mit einbezogen würden, und das könne nur geschehen, wenn diese zuvor auch öffentlich gemacht sind. Schließlich einigten sich die Abgeordneten dahingehend, diese Beschlussvorlage zur weiteren Klärung in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Auch der zweite Beschluss-Antrag der CDU, die Verfahrensschritte, die die Verwaltung "im Zusammenhang mit dem Verfahren „Sanierung der Gesamtschule“ unternommen hat, für alle nachvollziehbar zu machen", wurde noch einmal heftig diskutiert. "Wir fühlen uns an der Nase herumgeführt", betonte Hans Robert Joepgen.

Bürgermeister Joachim Bienert wiederholte den detaillierten Zeitablauf des Verfahrens noch einmal und betonte, dass die Denkmalbehörde eingeschaltet wurde, um von vornherein Fehlentscheidungen auszuschalten. Schließlich wurde der Beschlussantrag mit fünf Ja-, neun Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Tschernobyl-Kinder brauchen unsere Hilfe

2.700 "Tschernobyl-Kinder" haben sich bisher jeweils drei Wochen in einem Ferienlager oder Sanatorium mit einer prophylaktischen Kur in nichtverstrahlten Gebieten Weißrusslands erholt. Seit 1996 beteiligt sich der Solidaritätsdienst-international e. V. SODI in Kooperation mit einer dortigen Gewerkschaft an der internationalen Hilfe für die weißrussischen Tschernobyl-Strahlenopfer.

Durch Ihrer aller Spendenbereitschaft sind in unseren SODI-Haussammlungen von 1996 bis 2000 insgesamt 30.333,50 DM zusammengekommen. Mit diesem Geld haben wir gemeinsam 214 Kinder zur Erholung geschickt. Dennoch brauchen diese Kinder weiterhin unsere Hilfe. Die Reaktor-Katastrophe verseuchte 23 Prozent des Landes radioaktiv. über 500.000 Kinder sind davon betroffen. SODI hat sich deshalb das Ziel gestellt, weiteren Kindern Erholung zu ermöglichen. Auch wir sind wieder dabei und sammeln vom 1. April bis 30. Juni 2001 Geldspenden. Für Spendenwillige sind wir wie folgt zu erreichen: Tulpenstraße 34, 16548 Glienicke/Nordbahn, Tel.: 03 30 56 / 8 02 56. Wir suchen Sie auch zu Hause auf. SODI stellt auf Wunsch Spendenbescheinigungen aus.

Peter und Renate Hertzfeldt

Derzeit keine Seniorenwohnungen

Die Sozialausschuss-Sitzung, die diesmal in der renovierten Kinderbibliothek stattfand, wohl um diese auch einmal den Bürgern zu zeigen, die sonst nicht die Möglichkeit haben, hier hereinzuschauen, war gut besucht. Zum Punkt "Altersgerechtes Wohnen" war Geschäftsführer Thomas Söllner vom "Sonnengarten" eingeladen, der den Anwesenden alle Illusionen in dieser Richtung sogleich nahm. Zwar sei laut Städtebaulichem Vertrag eine altersgerechte Einrichtung mit etwa 5000 m² Bruttogeschossfläche vorgesehen gewesen, und es habe auch nicht an Bemühungen gefehlt, das Vorhaben mit namhaften Betreibern umzusetzen. Doch nach der Wende wären Pflegeeinrichtungen und Seniorenwohnungen wie Pilze aus der Erde geschossen, und inzwischen sei der Markt dafür weggebrochen.

Hinzu käme, dass der Bauherr für betreutes Wohnen mit Gemeinschaftseinrichtungen und behindertengerechten Vorrichtungen mit hohen Baukosten pro Quadratmeter zu rechnen habe. So könne man nur noch mit einer Aufsplittung von Pflegeplätzen und altersgerechtem Wohnen, etwa in einem Verhältnis von 90 zu 40, rechnerisch über die Runden kommen. Dafür müsste Glienicke in den Landespflegeplan aufgenommen werden, doch der sehe für den Ort nach Erhebungen des Landkreises nur 21 Plätze vor, die aber bereits in dem Vorhaben der St. Elisabeth-Stiftung am Standort Bergfelde integriert und zugeordnet sind, ergänzte Bürgermeister Bienert. Das dürfte das "Aus" für ein derartiges Projekt bedeuten, denn spätestens bis 2004 müsste der Sonnengarten-Investor wissen, was mit dem vorgesehenen Areal geschehen soll. Da er der Gemeinde gegenüber nicht in der Pflicht steht, könnte die Idee vom altersgerechtem Wohnen vorerst gestorben sein. Das bisherige Altenpflegeheim in der Schönfließer Straße, das kaum noch modernen Anforderungen an eine solche Einrichtung entspricht, wird nach Bergfelde umziehen. Allerdings gibt es nach einem fertiggestellten ersten Bauabschnitt für den zweiten mit einem entsprechenden Pflegeheim Verzögerungen.

Der Schulförderverein fordert Antworten

Schulpolitik in Brandenburg: Ein Elend ohne absehbares Ende?

Wie regelmäßig in der Tagespresse zu lesen ist, spitzt sich die Lehrer-Abwanderung aus Brandenburg dramatisch zu. Nachdem Ende letzten Jahres zwei Lehrerinnen die Grundschule in Glienicke gen Berlin verlassen hatten, haben wir im Kurier schon einmal auf diese Misere aufmerksam gemacht. Inzwischen haben der Schulförderverein und Elternsprecher betroffener Klassen diverse Schriftwechsel mit dem verantwortlichen Minister Reiche und auch Gespräche mit dem Schulamt Oranienburg geführt.

Aktuelle Fachlehrer-Mangelsituation in Brandenburg

Auf mindestens 5 bis 10 Jahre hat sich die Landespolitik/Verwaltung auf ein "Herunterfahren" der Lehrerschaft eingestellt, da seit der Wende in Gesamt-Brandenburg immer weniger Kinder in die Welt gesetzt wurden. Bereits früher unbefristet angestellte Lehrer sollen auf jeden Fall ihren Arbeitsplatz behalten, egal, ob ihre fachliche Ausrichtung benötigt wird oder nicht. Entsprechend werden neue Stellen - auch in harten Mangelfächern wie Englisch - teilweise extrem kurz befristet vergeben (vereinzelt unter einem Jahr), und das auch noch zu nur etwa 70 Prozent des Berliner Lehrer-Monatsgehalts. Folge: Junge und gut qualifizierte Lehrer ohne allzu feste Ortsbindung sehen zu, dass sie wegkommen. Gerade aus Randgemeinden wie Glienicke mit seinem anhaltenden, außerordentlichen Bevölkerungswachstum verschwinden die in Berlin gefragten Fachlehrer bzw. sind erst gar nicht zu bekommen. Den Lehrern kann das niemand verübeln, auch wenn sich die Politik schon mal zu "Fahnenflucht"-Polemik versteigt.

Eigentlich nicht zu glauben, aber wahr: Zugunsten einer sehr einfach gestrickten, landeseinheitlichen Personalpolitik und eines weiterhin niedrigen Gesamt-Personalbudgets wird strukturellen Unterschieden nicht Rechnung getragen, und zwar weder in Bezug auf einzelne wachsende Orte wie Glienicke, noch in Bezug auf die bedarfsgerechte Qualifikation der Lehrerschaft!

Für einige betroffene Eltern, die für ihr Kind gute Voraussetzungen für die Zukunft einfordern, gilt in unseren Gesprächen inzwischen: Wenn Politik und Verwaltung hier weiter versagen, müssen wir unser Kind - wie auch immer - in Berliner Schulen unterbringen. Größtes Problem allenthalben: Die Sorge um einen akzeptablen, konstanten Englischunterricht! Auch der Wegzug aus Glienicke/Brandenburg ist für solvente Bürger deshalb absolut denkbar geworden. Das ist für uns vom Schulförderverein ein Desaster, da gerade wir mit unseren Anfangserfolgen (wie Englisch ab 3. Klasse - was eine Selbstverständlichkeit sein sollte -, Qualitätssicherung an der Grundschule) diese Abwanderungstendenz (zeitweise?) umkehren konnten.

Wer trägt die Verantwortung?

Ein normaler, bedarfsgesteuerter Arbeitsmarkt wurde durch politische Vorgaben und die entsprechende Verwaltungspraxis zu Lasten der Kinder in Brandenburg ausgeschlossen. Natürlich wird so auf dem Rücken der Kinder auch über die Jahre viel Geld und Verwaltungsenergie gespart.

Keine aktuelle Äußerung von Politikern oder aus der Verwaltung lässt ernsthafte Ansätze zu einer professionellen Lösung im Sinne eines tatkräftigen Lehrer-Personalmanagements erkennen. Signale der Hilflosigkeit sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen unserer Landesregierung um ein Lehrer-Abwerbeverbot "innerhalb des laufenden Schuljahrs" gegenüber dem inzwischen bei weitem tatkräftigeren Berliner Schulsenator Böger. Wer umworbene Fachkräfte in Brandenburg halten will, muss stattdessen attraktive, sichere Arbeitsbedingungen schaffen und also auch entsprechend Geld

ausgeben. Das ist im öffentlichen Dienst nicht anders als in der Privatwirtschaft. Wer als verantwortlicher Schulpolitiker oder hoher Verwaltungsbeamter diese Binsenweisheit nicht in die Praxis um- und gegebenenfalls gegen Sparkommissare durchsetzt, verletzt unseres Erachtens fahrlässig seinen gesetzlichen Auftrag im Schulwesen. Punktum.

Was ist zu tun?

Es muss verhindert werden, dass zum nächsten Schuljahr wieder Lehrer mit unattraktiver Bezahlung und Stellen-Befristung Glienicke verlassen. Das kann offensichtlich nicht mehr ohne verstärkte politische Einflussnahme gelingen. Der Schulförderverein wird daher mit den Parteien am Ort, insbesondere aber mit den Orts- und Kreisverbänden der Regierungsparteien SPD und CDU offiziell das Gespräch zum Thema "Landes-Schulpolitik und ihre Auswirkungen in Glienicke" suchen. Vielleicht kann hierbei der schon früher einmal von der Gemeinde gemachte Versuch wieder aufgenommen werden, notfalls Unterricht (Englisch!) direkt aus der Gemeindekasse zu bezahlen (wurde damals vom Schulamt verhindert).

Anschließend sollten gemeinsam mit den Parteien die Spielräume und der gute Wille der Verantwortlichen geprüft werden. Wir werden von Politik und Verwaltung eine Perspektive zu einem kompetenten Lehrer-Personalmanagement verlangen. Dies wird in unserer Gemeinde als politisches Thema an Bedeutung gewinnen.

Kurzfristige, allerdings eingeschränkte Hilfe kann bereits über die Schulverwaltung erlangt werden: Wie uns in Gesprächen mit dem Schulamt schien, gibt es hier durchaus gewisse Handlungsspielräume. In diese Richtung werden wir uns daher gemeinsam mit den Verantwortungsträgern in der Gemeinde weiter für längere Befristungen der Lehrerverträge und flexiblere Stundenkontingent-Zuweisungen einsetzen. Verantwortliche Ämter werden sich aber weiter - mit gewisser Berechtigung, siehe oben - hinter die Politik zurückziehen.

Bitte unterstützen Sie uns, unser Engagement ist ungebrochen. Dies gerade angesichts vieler offensichtlicher "Ausitzer" auf der anderen Seite und vieler ausgesprochen hilfloser politischer Äußerungen zu unserem Thema in der letzten Zeit.

Wenden Sie sich gern unter 7 73 33 an den Unterzeichner, wenn Sie an unseren Veranstaltungen oder einer Mitgliedschaft im Schulförderverein interessiert sind.

Zur Sprechstunde der nächsten Vereins-Vorstandssitzung, am Montag, dem 9. April, um 19.00 Uhr, im Vereinszimmer/ Sporthalle, sind alle interessierten Glienicker Bürger herzlich eingeladen!

Dr. Wolfgang Müller
Vorsitzender Schulförderverein Glienicke

Schulförderverein - aber für wen?

Nicht Förderarbeit und Lobbyismus miteinander verwechseln

Um es gleich vorweg zu betonen: Wir, die Mehrheit des Vorstands des Vereins der Freunde und Förderer der Glienicker Schulen, teilen die Besorgnis um die ausreichende personelle Ausstattung unserer Schulen mit Lehrkräften. Auch wir sind uns bewusst, dass eine Behebung dieser enormen Problemlage im Sinne unserer Kinder letztendlich nur über eine hundertprozentige Angleichung der Gehälter und Bezüge und eine Einstellungspolitik vollzogen werden kann, die sich an längerfristigen Perspektiven orientiert. Für unsere Kinder sollten die bestmöglichen Lernbedingungen erreicht werden. Darin wissen wir uns einig mit der Vorstandsmehrheit um den Vorsitzenden Dr. Müller.

So weit, so gut? Keineswegs. Denn gelegentliche und jüngstens veröffentlichte Äußerungen Dr. Müllers weisen in eine Richtung, die wir als Vorstandsmehrheit nicht länger mittragen können! Nochmals: Dissens besteht nicht in der Sorge um die Gewährleistung der Unterrichtsversorgung, schon gar nicht im Fach Englisch. Aber wenn die Drohung einiger "solventer Bürger" mit dem Wegzug aus Glienicke Richtschnur für die Arbeit des Fördervereins und Messlatte für Erfolge oder Misserfolge sein soll, so wollen wir dieser Position nicht folgen!! Es drängt sich uns der Eindruck auf, als würden dort Förderarbeit und Lobbyismus sträflich miteinander verwechselt. Jemand, der zum Teil prinzipielle Vorbehalte gegen die Glienicker Schulen besitzt, wird sich von einer Anmeldung seiner Kinder in Berlin mit Hilfe einer Tarnadresse o. ä. kaum abhalten lassen, wenn - warum auch immer - seine Ansprüche in Glienicke nicht realisiert werden. Erfahrungsgemäß genügen oft geringfügige Anlässe, um diese Logik aus Misstrauen, höchsten Erwartungen und leider auch Dünkel in Bewegung zu setzen.

Wir wollen einen Förderverein, der seine Arbeit an den Interessen aller Glienicker Kinder und Eltern ausrichtet und nicht an Partikularinteressen! Deshalb ist nicht der angedrohte Wegzug vermögender Bürger aus Glienicke, so bedauernswert dieses auch ist, das eigentliche Desaster für den Förderverein, sondern das Ausklammern einer ganzen Elterngruppe aus der Arbeit unseres Vereins.

Eltern und auch LehrerInnen der Glienicker Gesamtschule fühlen sich nicht durch unsere Arbeit als Förderverein unterstützt. Im Gegenteil: Sie und auch wir, die Vorstandsmehrheit, stellen die Frage, ob nicht die Vernachlässigung unserer Gesamtschule, die endlich durch die Bereitstellung von Haushalts- und Fördermitteln ein neues Gesicht und neuen Schwung erhalten soll, gewollt ist. Wer ohnehin immer die Ummeldung nach Berlin im Hinterkopf hat, ist kaum ein nennenswerter Befürworter der Gesamtschule, oder?

Hat es nicht auch auf Mitgliederversammlungen des Fördervereins diesbezügliche Äußerungen gegeben?

Wir verstehen uns als aktive Mitglieder des Vereins der Freunde und Förderer der Glienicker Grund- und Gesamtschule, die beiden Schulen positiv verbunden sind. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass beide Schulen in unserem Ort die gebührende Unterstützung erfahren, die bislang nur der Grundschule - dies allerdings zurecht - zuteil geworden ist.

Es ist höchste Zeit für eine Kurskorrektur!

Hannelore Bergemann,
Holger Czitrich-Stahl,
Susanne Schnittka,
Ahmed Tanjaoui

Kunst aus Glienicke für Glienicke

"Feuer und Rhythmus" - eine erfolgreiche Ausstellung von Alina Brunner

Die Einladung vom Kulturverein, im Glienicker Bürgerhaus auszustellen, sah Alina Brunner nach ihren Lehr- und Wanderjahren, die sie u.a. nach Halle, Berlin und München führten, als besondere Ehre an.

"Feuer und Rhythmus", so der Titel dieser Exposition, die eine Künstlerin präsentierte, die in Glienicke ihre Kindheit verbracht hat, hier zur Schule ging, und nun nach jahrelanger Abwesenheit zusammen mit ihrem Mann und den beiden kleinen Töchtern Lea und Marja zurückgekehrt ist an den Ort ihrer ersten künstlerischen Schritte. Diese machte sie unter Anleitung ihrer Kunsterzieherin Hannelore Lietz, die sich in ihrer Laudatio erinnerte: "Eine so ausgeprägte Begabung hatte ich in meiner langen Tätigkeit als Kunsterzieherin noch nicht erlebt."

In ihr brenne eine Flamme, die sie immer wieder treibt, sich malend mitzuteilen, meinte Aline Brunner zur Ausstellungseröffnung. Ob sie ihre endgültige Ausdrucksform schon gefunden hat? Sie ist eine junge Künstlerin auf dem Weg. Wohin er sie führen wird - noch ist es offen, denn es gibt viele Ansätze, die es lohnt, weiter auszubauen.

Und es gibt ihre Vision, die Alina Brunner am Schluss der Ausstellung etwa so formulierte: Ein Thema, welches mich immer wieder beschäftigt, ist die Wahrheit. Die Wahrheit hinter der Fassade. Das zu entdecken, was nicht sichtbar ist. In einem Sonnenblumenfeld umgibt mich gelbe Pracht, Strahlen, Flüstern, Tänzeln, Summen. Es scheint, als kämen mir Friede, Liebe, Gleichmut entgegen. Was ist es, was an einer banalen Sonnenblume fasziniert? Ist es das Sinnbild der Sonne selbst? Durch die bildliche Darstellung wird sichtbar, was in meinem Kopf passiert: krachendes Feuerwerk, geballte Energie, ein Orchester der Lebensbejahung, eine Ode an die Freude. Das großformatige Bild "Sonnenblumen", das fast eine ganze Wandhälfte einnahm, gehörte mit zur Exposition und faszinierte viele Besucher durch seine "flammende" Ausstrahlung.

Insgesamt sechs Arbeiten verkaufte Alina Brunner während der sechswöchigen Ausstellung. So mancher Besucher fand an den Wochenenden, vor allem durch die auffälligen Plakate an den Straßenkreuzungen, den Weg ins Bürgerhaus, kam mit der Künstlerin ins Gespräch. Unter ihnen auch andere Künstler und Berliner Galeristen, die Alina für eine weitere Präsentation ihrer Arbeiten gewinnen wollten.

Den Schlussakkord ihrer Glienicker Ausstellung setzte die Übergabe des Schecks in Höhe von 540,- DM an eine Vertreterin von ARTiFEX, dem Verein für Kinderkultur. Dieses Geld war bei der Versteigerung von drei Bildern zusammengekommen, von denen inzwischen "Meine alte Schule" (die Grundschule), eine Aquatintaätzung aus dem Jahre 1982, als Alina noch Wollert hieß, im Sitzungsraum des Rathauses hängt. Es ersteigern zu lassen, war die Idee von Bürgermeister Joachim Bienert, genauso, wie die, das Geld der Initiative für Kinderkultur zu spenden, auf dass kleine Glienicker künstlerisch gefördert werden, um später vielleicht selbst einmal in die Spuren von Alina Brunner zu treten.

Volleyballer vor dem Saisonhöhepunkt

Spieler und Veranstalter bereiten sich auf einen großen Tag vor

Die laufende Punktspielsaison ist beendet und das Sahnehäubchen dieses Jahres steht vor der Tür. In der dritten und vorletzten Runde des Landespokals trifft der SV Glienicke, als letzter Vertreter der Landesklasse, am Sonnabend, dem 7. April, ab 10.00 Uhr, in eigener Halle, auf zwei starke Gegner. Der Weg in diese vorletzte Runde verlief aber keineswegs gerade und problemlos.

Zu Beginn der Saison hatte man sich eine Menge vorgenommen. Das Team wollte um den ersten Tabellenplatz mitspielen und hatte viele neue Ideen und Spielzüge geplant. Zu viele, wie sich bald herausstellte. So gewann man zwar zu Beginn der Saison die ersten sechs Spiele, die Erfolge waren aber nicht zwingend. Als dann am 4. Spieltag etwas Pech dazukam, entglitt der Spielstil, und aus der Berg- wurde eine Talfahrt. Diese dauerte sechs Spiele und endete mit der Amtsniederlegung des Trainers. Nach einiger Zeit der Ratlosigkeit besann sich der Mannschaftskern dann auf vergangene rosigere Zeiten und begann im Jahr 2001 einen Neuanfang.

Mit einfacher Spielweise kam nach und nach die Spielfreude zurück. Der freie Fall wurde aufgehalten, und die Mannschaft zeigte, dass sie Gewinnen und Kämpfen nicht verlernt hatte. Der vierte Tabellenplatz am Ende der Saison ist kein rühmlicher, lässt aber alle Steigerungsformen für die nächste Saison offen.

Mitten im Aufwärtstrend der Glienicker war die zweite Runde im Landespokal angesetzt. Zwei Landesklasse-Mannschaften als Außenseiter (Glienicke und Oranienburg), mussten sich mit den um eine bzw. zwei Klassen höheren Teams aus Hennigsdorf bzw. Brandenburg messen. Um den Einzug in die dritte Runde spielte der Tabellenvierte der Landesklasse, SV Glienicke, gegen die zwei Spielklassen höher spielenden Brandenburger. Glienicke spielte sehr konzentriert und zeigte keine Furcht vorm großen Gegner. Nach dem Schlusspfiff herrschte unbeschreiblicher Jubel auf Glienicker Seite. Als sportlich fairer Verlierer wünschte Brandenburg noch viel Erfolg beim Pokalfinale in Potsdam.

Der Weg dorthin scheint schwer.

Denn Glienicke trifft in eigener Halle am 7. April auf die Teams von Mühlenberg/Strausberg und Potsdam Waldstatt.

Zwei harte Brocken also, doch hat der Pokal immer seine eigenen Gesetze. Die Spielreihenfolge wird erst am Samstag kurz vor Spielbeginn ausgelost. Der Modus steht fest: Die gelosten Mannschaften eins und zwei bestreiten das erste Spiel. Der Gewinner spielt dann gegen das dritte Team um den Einzug ins Finale, das dann in Potsdam stattfindet.

Der SV Glienicke wird von der Gemeinde bei dieser Pokalrunde stark unterstützt. Der Hallenmietpreis wurde erlassen, und der Bürgermeister wird voraussichtlich persönlich das Volleyballteam anfeuern. Die Tribünen sind selbstverständlich ausgefahren, so dass viele Zuschauer diese Pokalrunde genießen können. Einige Mannschaften aus unserem nördlichen Umland haben schon ihr Kommen angekündigt. Natürlich sind alle Sportbegeisterten gern gesehen, egal ob Schüler, Lehrer, Verwandte oder Bekannte. Der Eintritt ist wie immer frei. Vom Bistro "Sport In" gibt es ein Fass Freibier und weitere Überraschungen. Die Voraussetzungen für einen schönen Tag sind gegeben. Man sollte sich das nicht entgehen lassen!

Guido Wilke

Veranstaltungen/Kultur

[\[Reiseangebote Senioren\]](#) [\[Veranstaltungen im Bürgerhaus\]](#) [\[Reisen\]](#) [\[Messfeiern\]](#)
[\[Veranstaltungen\]](#) [\[Gottesdienste\]](#) [\[Christenlehre\]](#) [\[Konfirmanden\]](#) [\[Sonstiges\]](#)

Wegen Renovierungsarbeiten sind die Räume des Senioren-Clubs möglicherweise noch nicht zu nutzen. Wir bitten alle Club-Mitglieder, Meldungen zur Wiedereröffnung in der Tagespresse zu beachten.

Veranstaltungen der Gruppen außerhalb der Clubräume finden planmäßig statt, so in der Turnhalle, auf der Bundeskegelbahn sowie die Ausflüge.

Am Mittwoch, 18. April, laden zur Radtour auf dem Grenzweg zur Schönholzer Heide und nach Wilhelmsruh Margit Kunze und Monika Brandt ein. Treffpunkt 10 Uhr, Karl-Liebknecht-Strasse/Ecke Kindelwaldpromenade.

Am Dienstag, dem 1. Mai, zum Mai-Ausflug durch den Kindelwald mit Einkehr erwartet Renate Hertzfeldt die Wanderer um 10 Uhr am alten Treff (Bäckerei Lorenz/Weg zum Waldfriedhof). Fotoapparat und Fernglas nicht vergessen!

Reiseangebote für Senioren:

Schulz-Reisen (03 30 56 / 7 70 59)

8. April 2001:

Osterspaziergang im unteren Odertal.

24. April bis 29. April 2001:

Insel Rügen und Hiddensee.

Kontakt: Katrin Schrader, Feldahornstraße 4, 16567 Schönfließ,
Telefon (03 30 56) 7 77 36

Freitag, 06. April 19.00 Uhr

Kultur im Gespräch: Hellmut Markov, MdEP: "Erweiterung der Europäischen Union - Fluch oder Chance?"

Eintritt 5,- DM, erm. 3,- DM, Studenten und Schüler frei.

Samstag, 07. April 17.00 Uhr

Das Konzert: Musik für Flöte und Harfe, mit Matthias Müller-Menckens, Querflöte; und Dagmar Flemming.

Eintritt 10,- DM, erm. 8,- DM, Studenten und Schüler frei.

Donnerstag, 26. April 19.00 Uhr

Literarische Stunde: Prof. Dr. Fritz Klein spricht über Carl von Ossietzky, einen der führenden Publizisten der Weimarer Republik, Friedensnobelpreisträger 1935, und liest aus dessen Schriften.

Eintritt 5,- DM, erm. 3,- DM, Studenten und Schüler frei.

Während des gesamten Monats April ist die Ausstellung: Sabine Maier-Wallmann "Stadteinsichten", am Samstag und Sonntag, jeweils von 14.00 bis 18.00 Uhr, geöffnet.

Interessierte Kinder und Jugendliche treffen sich in der Glienicker Schreibstube "Fröhliche Feder" am 12. April, um 15.00 Uhr.

Freitag, 4. Mai 19.00 Uhr

Literarische Stunde: Dr. Wolfgang Bator liest aus seinem Kurzgeschichtenband "Nach der Wende" über vertraute und berührende Schicksale.

Samstag, 5. Mai 19.00 Uhr

Das Konzert: Liederabend mit Magdalena Zabanoff / Michael Zabanoff und Philine Schröder.

Alle Veranstaltungen finden im Bürgerhaus, in der Moskauer Straße 22, statt.

Zur Therme, Bad Saarow, am **03. April 2001** sind noch einige Plätze frei.
Im Preis von 72,- DM enthalten sind der Besuch der Therme, Mittagessen, Dampferfahrt, Versicherung und Betreuung.

Nach Tunesien (Flug) vom **01. Mai bis 08. Mai 2001** sind ebenfalls noch einige Plätze zu vergeben.
Im Preis von 1.095,- DM sind Flug, Vollpension, Ausflüge, Reisekrankenversicherung und Reisebetreuung enthalten.

Anmeldungen bei:

Heinz Engwer, Schwedenstraße 39, 16548 Glienicke, Telefon: 03 30 56 / 8 07 20;

oder während der ...Öffnungszeiten:

Montags von 9.00 bis 16.00 Uhr

Freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Messfeiern im Laufe der Woche:

Sonntags: 8.30 Uhr

montags, mittwochs und donnerstags: 8.45 Uhr

freitags: 19.00 Uhr

samstags als vorgefeierte Sonntagsmesse: 18.30 Uhr

Veranstaltungen im Laufe des Monats:

Treffen der Mütter mit Kleinkindern:

mittwochs, 4. und 18. April, 16.00 Uhr.

Glaubensunterricht der Schüler

der Klassen 1 bis 3 und 4 bis 6: montags 15.00 Uhr.

Gemeindefrühstück:

am Sonntag, dem 1. April nach der Messfeier, 8.30 Uhr.

Seniorenvormittag:

am Donnerstag, dem 5. April nach der Messfeier 8.45 Uhr.

Chorübung:

an jedem Freitag nach der Messfeier 19.00 Uhr.

kumenischer Bibelkreis:

am Donnerstag, dem 26. April, 19.00 Uhr, im Gemeinderaum der evang. Kirchengemeinde von Glienicke.

Dekanatskreuzweg**in der Nationalen Gedenkstätte Oranienburg-Sachsenhausen:**

am Palmsonntag, dem 8. April, 15.00 Uhr.

Hl. Karwoche

Beichtgelegenheit beim auswärtigen Beichtvater Pfarrer Brügger, am Samstag, dem 7. April, 10.00 bis 11.30 Uhr.

Feier des Leidens und Sterbens Christi:

am Karfreitag, dem 13. April, um 15.00 Uhr in Hohen Neuendorf.

Feier der hl. Osternacht:

am Karsamstag, dem 14. April, 21.00 Uhr.

Fest der Auferstehung Christi:

Ostersonntag und Ostermontag:

Messfeier in Schildow jeweils: 8.30 Uhr.

in Hohen Neuendorf jeweils: 10.15 Uhr.

Pfarrer Karl Brännler, Telefon/Fax: 7 42 02

Gottesdienste

- | | | | |
|-----|-------|-----------|--|
| 1. | April | 10.00 Uhr | Gemeindegottesdienst im Altenheim Schönfließer Str. 64 (Pfarrer Albani) |
| 8. | April | 10.00 Uhr | Gottesdienst zum Palmsonntag (Pfarrer Albani / vorbereitet mit den Konfirmanden) |
| 12. | April | 18.00 Uhr | Abendmahlsfeier im Gemeinderaum zum Gründonnerstag (Pfarrer Albani) |
| 13. | April | 10.00 Uhr | Gottesdienst zum Karfreitag mit Hlg. Abendmahl (Pfarrer Albani) |
| 15. | April | 8.00 Uhr | Ostergottesdienst, anschließend Osterfrühstück (Pfarrer Albani) |
| 22. | April | 10.00 Uhr | Taufgottesdienst mit dem Kirchenchor (Pfarrer Juhle) |
| 29. | April | 10.00 Uhr | Gottesdienst (Pfarrerin Wolfram) |

Passionsandacht

Am 3. April, 18.00 Uhr, in der Kirche

Gottesdienste im Altenpflegeheim St. Elisabeth

Am 1. und 12. April, 10 Uhr.

Taiz-Andacht:

Am 6. April, 18.30 Uhr, im Gemeinderaum

Christenlehre

1./2. Klasse	donnerstags	13.30 Uhr
2./3. Klasse	mittwochs	14.45 Uhr
4./5. Klasse	mittwochs	16.00 Uhr
6. Klasse	mittwochs	16.30 Uhr

Konfirmanden

7. Klasse	mittwochs	17.30 Uhr
8. Klasse / Gruppe I	dienstags	16.00 Uhr
8. Klasse / Gruppe II	donnerstags	17.00 Uhr

Eltern-Kind-Gruppen (Bummelpause)

Dienstags, mittwochs und donnerstags, 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr, im Bummelhäuschen.

Junge Gemeinde

Mittwochs, ab 18.00 Uhr, in der Jugendetage.

Kirchenchor

Montags, 19.30 Uhr, im Gemeinderaum.

Frauenkreis

Am 5. und 26. April, 14.30 Uhr, im Gemeinderaum.

Gesprächskreis

Am 19. April, 20.00 Uhr, im Gemeinderaum.

kumenischer Bibelkreis

Am 26. April, 19.00 Uhr, in Glienicke, mit Pfarrer Brännler.

Wir laden herzlich ein zu einem Gemeindegemeinschaftsseminar

"Jesus, der Rabbi aus Nazareth - Einsichten aus dem Dialog zwischen Christen und Juden",

am **4. April, 20.00 Uhr**, im Gemeinderaum mit Johannes Hildebrandt.

Am Montag, **dem 9. April**, lädt der Ortsverband Glienicke des BRH zu seiner monatlichen Mitgliederversammlung, diesmal nicht in den Senioren Club, sondern ins Bürgerhaus, in der Moskauer Straße 22, ein.

Gast des "Literaturnachmittags" ist der bekannte Eulenspiegel-Autor Lothar Kusche.

Beginn: 15.00 Uhr.

Gäste sind herzlich eingeladen.